

# GRUNDLAGENPAPIER – FRANKENSTÄRKE

## WAS IST ZU TUN?

Positionspapier der Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden

### I. Ausgangslage

Ob Frankenstärke oder Euroschwäche – im Vergleich zum Währungsraum der wichtigsten Handelspartner der Schweiz ist der Schweizerfranken überbewertet. Verschiedene Banken, die universitäre Forschung und andere Institutionen des Finanzmarktes sehen den Wechselkurs bei ca. 1.30 CHF/EUR ; dieser Kurs berücksichtigt die Erfolge der disziplinierten Schweizer Fiskal- und Wirtschaftspolitik einerseits und das systematische Risiko, das aus der Eurozone, den USA und Teilen Asiens ausgeht, andererseits. Die Frankenstärke zeigt sich auch im Vergleich zu anderen Währungen, was wiederum bedeutet, dass sie nicht ein Phänomen im Verhältnis Schweiz-Europa, sondern eine Konsequenz der globalen Wirtschaftslage ist. Diese ist gekennzeichnet durch verschiedene Risiken-Szenarien: Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA, systemische Herausforderungen im Euro-Raum, Zwangsabkühlung in Asien im Rahmen der Inflationsbekämpfung unter anderem. So lange die Negativszenarien überwiegen, bleiben die Schweiz und der Franken ein Ausweg für Investoren, welche Sicherheit suchen.

**Aber selbst wenn sich der Kurs in der angegebenen Grössenordnung einpendelt, wovon heute nicht ausgegangen werden kann, wird dies nicht genügen, um die Schweizerische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Weitere Massnahmen werden nötig sein.**

Bis zu einem gewissen Grad funktionieren die bereits eingeleiteten Massnahmen der Schweizerischen Nationalbank, um ihre mandatierten Ziele zu erreichen, namentlich die Zinssenkungen und die punktuelle Bereitstellung von Liquidität, d.h. die Ausweitung der Geldmenge. Da diese Instrumente jedoch das Inflationsrisiko erhöhen, ist in ihrem Einsatz Vorsicht geboten.

Der Bundesrat sprach zu Beginn des Jahres 2011 zusätzliche Mittel für die touristische Landeswerbung und die Technologie- und Innovationsförderung. Auch verfügte er eine Verlängerung zusätzlicher Instrumente der Schweizerischen Exportrisikoversicherung. Bereit steht zudem das Instrument der Kurzarbeitsentschädigung, das im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen noch bis Ende Jahr läuft und allenfalls verlängert werden könnte. Langfristig setzt der Bundesrat auf eine konsequente Umsetzung der wachstumspolitischen Massnahmen wie eine weitere Verbesserung des Marktzugangs zur EU sowie Freihandelsabkommen mit China, Indien und Russland, die noch vor Ende 2012 abgeschlossen werden sollten.

Da direkte Massnahmen gegen die Frankenstärke (siehe IV.) im Allgemeinen mehr langfristige Risiken bergen, als Lösungen anbieten, ist nach der hier vertretenen Auffassung auf die Erleichterung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu setzen (siehe III).

### II. Generelle Forderungen

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (Dachorganisationen) vertreten mehr als 8'000 Unternehmen in Graubünden. Im Interesse dieser Unternehmen setzen sich die Dachorganisationen für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Vor diesem Hintergrund verlangen die Dachorganisationen in der jetzigen Diskussion:

1. **das Weiterverfolgen einer soliden Fiskal- und liberalen Wirtschaftspolitik;**
2. **die Fokussierung auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Aktivitäten als Instrument, um derzeitige Turbulenzen zu bestehen;**
3. **die Durchsetzung der vorhandenen Regeln für einen freien und fairen Markt;**
4. **die Effizienzsteigerung in der Erbringung staatlicher Leistungen;**
5. **Anpassung der Rahmenbedingungen im Sinne einer konsequenten Deregulierungsinitiative, welche unternehmerische Innovation weckt und Bürokratie minimiert.**
6. **keine kopflosen Interventionen oder Umverteilungsmechanismen, die nach dem Gieskanonprinzip gewährt werden.**

### **III. Von den Dachorganisationen geforderte strukturelle Massnahmen**

Die Dachorganisationen verfolgen ein Massnahmenpaket mit positiven Anreizen für die Wirtschaft. Dieses ist auf eidgenössischer und kantonaler Ebene im Rahmen der Kompetenzen der verschiedenen Organe rasch umzusetzen.

#### **1. Durchsetzung der Regeln für einen freien Markt**

Die Wettbewerbsbehörden müssen gemäss ihrem Mandat entschieden gegen Verzerrungen und verbotene Absprachen vorgehen. Fälle von Marktmissbrauch, insbesondere horizontale Mengen-, Preis- und Gebietskartelle, vertikale Preisbindungen sowie Marktabschottungen müssen im Fokus der Wettbewerbskommission und des Preisüberwachers stehen. Die Dachorganisationen verlangen dabei nicht die Einführung neuer Regeln, sondern die Durchsetzung der bestehenden Normen, vor allem damit Wechselkursgewinne tatsächlich weitergegeben werden. Sodann ist der Abbau des Grenzschutzes für Agrarprodukte fortzusetzen. Damit können tiefere Kosten für den Tourismus erzielt und der Einkaufstourismus reduziert werden.

#### **2. Effizienzsteigerung in der Erbringung staatlicher Leistungen**

Für viele Unternehmen ist der effiziente Verkehr mit den staatlichen Stellen notwendig. Oft kann die Effizienz der staatlichen Leistungserbringung durch eine Partnerschaft mit der Wirtschaft (Public Private Partnership, PPP) erhöht werden (Bsp: Export, der durch die Handelskammern organisiert wird, freiwillige Massnahmen der Wirtschaft im Bereich des Klimaschutzes, Nachkontrolle bei Fahrzeugabnahme durch private Garagenbetriebe in Graubünden, Tankstellenkontrolle etc.).

Die Dachorganisationen sind überzeugt, dass weitere Effizienzsteigerungen zu erzielen sind, wenn der Ansatz der PPP auf möglichst viele Bereiche ausgedehnt wird. Die Erfahrung zeigt, dass Branchenvereinbarungen besser wirken als staatliche Verordnungen, weil die Branchenverbände ihre Mitglieder in der Implementierung der Branchenlösungen beraten und unterstützen.

#### **3. Verbesserung der Rahmenbedingungen**

Die konsequente Entlastung der Unternehmen senkt ihre Kostenstrukturen, was sie wettbewerbsfähiger macht. Die Anpassung der Rahmenbedingungen müssen Raum für unternehmerische Entwicklung und Innovation bieten, was der Schweizer Wirtschaft hilft, ihre Spitzenposition zu verteidigen.

##### **3.1. Kurzfristige Massnahmen**

###### **Kanton:**

Zur Förderung des Tourismus ist auf Herbst/Winter ein Impulsprogramm auszuarbeiten, mit welchem die Angebotsvielfalt in Graubünden verstärkt kommuniziert wird.

Einen direkten Nutzen haben Unternehmen und Konsumenten, wenn die Steuern der natürlichen und juristischen Personen reduziert werden. Der Kanton Graubünden muss in der Budgetdebatte des Grossen Rates zwingend die Steuern für natürliche und juristische Personen mindestens um 5 % reduzieren, auch wenn die vorgesehene Ausschüttung des Gewinns der Nationalbank nicht erfolgt.

Eine konsequentere Durchsetzung des geltenden Rechts bei den flankierenden Massnahmen hilft, ausländische Bewerber mit Dumpingangeboten von der Schweiz fernzuhalten. Angesichts der stark drohenden Erosion des Auftragsvolumens vor allem in den Grenzregionen, ist der geltende Kontrollmechanismus viel restriktiver zu handhaben. Flankierende Massnahmen, die verletzt werden, müssen wesentlich härter bestraft werden.

###### **Bund:**

In der aktuellen Mehrwertsteuer-Reform ist im Sinne einer Sofortlösung ein Modell anzustreben, bei dem gastronomische Leistungen ab Anfang 2012 im Satz des Detailhandels (2,6 %) gebündelt sind. Diese Regelung ist mit der EU-Praxis vereinbart, die den Mitgliedstaaten bei gastgewerblichen Leistungen schon seit längerem ermässigte Steuersätze einräumt.

Das Impulsprogramm 2012 für Schweiz Tourismus von CHF 12 Mio. ist zu erhöhen. Der Finanzkredit für die touristische Innovationsförderung Innotour ist von CHF 20 Mio. auf CHF 32 Mio. zu erhöhen.

**Sozialpartner:**

Überrissene, den Geschäftsgang nicht berücksichtigende Lohnforderungen haben keinen Platz. Es geht darum, kurzfristig die geltenden Löhne zu halten und die Eurokrise nicht auf dem Buckel der Arbeitnehmer abzuwenden.

Der Aufschub der Einführung der neuen Löhne im L-GAV des Gastgewerbes (1.1.2012 resp. Sommersaison 2012) hilft den Saisonbetrieben, dass in wirtschaftlich schlechten Zeiten nicht zusätzliche Lohnkosten anfallen (je nach Betrieb Lohnsteigerung zwischen 5 und 10 %).

Solange die Wirtschaft noch gut läuft, ist eine vorübergehende Ausdehnung der Arbeitszeit (2 Stunden pro Woche) anzustreben.

**3.2 Mittel- und langfristige Massnahmen****Kanton:**

Die Bewilligungsverfahren für Grossprojekte dauern nach wie vor viel zu lange. Der Kanton muss geeignetere Strukturen finden als die geltenden, um diesen die Wirtschaft so stark hindernden Umstand – endlich zu ändern. Leider zeigt die Erfahrung immer mehr, dass es nicht die viel geschmähten Bundesgesetze sind, die sich so krass auf die Verzögerung auswirken sondern die eigene Verwaltung, die viel zu strenge Massstäbe an den Vollzug richtet. Hier muss die Regierung handeln und der einzelne Departementsvorsteher muss zwingend im Departement Vereinfachungen im Ablauf solcher Gesuche durchsetzen.

**Bund:**

Mehrwertsteuer: In der aktuellen Mehrwertsteuer-Reform ist ein Einheitssatz anzustreben. Dieser würde die Wirtschaft um circa 1,5 Milliarden Franken entlasten.

Implementierung der Unternehmersteuerreform III. Da alle Branchen in der Schweiz direkt oder indirekt vom Wechselkurs beeinflusst werden, entlastet die radikale Vereinfachung des Systems der Unternehmenssteuer die gesamte Wirtschaft. Damit ist es fair und wirksam.

Öffentliches Beschaffungswesen: Das geltende Recht auf allen drei föderalen Ebenen ist so kompliziert und zersplittert, dass seine Anwendung selbst Juristen Schwierigkeiten bereitet. Das Beschaffungsrecht ist darüber hinaus insbesondere wegen der materiellen Unterschiede zwischen Bund und Kantonen, aber auch zwischen den Kantonen selber zu divers und damit für die Anbietenden zu kompliziert.

Öffnung der Agrarmärkte: Zu den hohen Kostenblöcken in der Schweiz gehören die Lebensmittelpreise, die sehr viel höher sind als im benachbarten Ausland. Die Bestrebungen für ein umfassendes Agrarfreihandelsabkommen mit der EU sind deshalb dezidiert voranzutreiben.

Weitergabe der Währungsgewinne: Es gibt genug Hinweise, die belegen, dass beim Import Wechselkursgewinne, einschliesslich des Schweiz-Zuschlages, nicht weitergegeben werden. Importeure und Hersteller sind aufgerufen, die Währungsgewinne den inländischen Detailhändlern, Unternehmen und Konsumenten umgehend abzutreten.

Der Tourismus muss mittelfristig diversifizieren: Angebotsinnovationen und die Erschliessung neuer Märkte sind nötig. Um Wachstumsmärkte in Übersee nachhaltig erschliessen zu können, braucht es ein mehrjähriges Engagement vor Ort. Aus diesem Grund ist der Finanzkredit für Schweiz Tourismus auf die ursprünglich beantragten CHF 227 Mio. für 2012 bis 2015 zu erhöhen.

**Sozialpartner:**

Zur Steigerung der Produktivität und damit Sicherung der Arbeitsplätze ist der Handlungsspielraum für flexible, dezentrale Lösungen einzelner Branchen und Unternehmen zu erweitern. Das bedingt u.a. auch Anpassungen des Arbeitsgesetzes.

#### IV. Generelle Beurteilung direkter Massnahmen

Verschiedene direkte Massnahmen wurden von diversen Anspruchsgruppen vorgeschlagen. Das gemeinsame Problem aller direkten Massnahmen sind ihre langfristigen Auswirkungen, deshalb lehnen sie die Dachorganisationen ab.

- **Fixer Wechselkurs oder Anbindung des Frankens an den Euro:** Dies kommt praktisch einem Beitritt zur Eurozone gleich. Damit verliert die Schweiz einen Teil ihrer monetären Souveränität. Dafür sind massive Geldmittel notwendig, um erfolgreich im Markt einzugreifen.
- **Ausschüttungen an Unternehmen:** bedeutet Abkehr von der finanzpolitischen Vernunft. Die Auswahl der profitierenden Unternehmen erfolgt willkürlich. Mit dem Giesskannenprinzip wird die Schweiz nachhaltig geschwächt und mit der Subventionierung ausgewählter Betriebe erfolgt die Abwendung von der bisher soliden Wirtschaftspolitik.
- **Steuererlass für bestimmte Branchen:** verstösst einerseits gegen die Steuergleichheit und die Steuerfairness und ist andererseits willkürlich in der Wahl der nutzniessenden Branchen.
- **Devisenmarktinterventionen:** Können die Interventionen den Aufwertungsstrend des Frankens nicht stoppen, fallen auf den eingekauften Devisen Kursverluste an. Die Nationalbank musste im Jahr 2010 Buchverluste von 32,7 Milliarden Franken hinnehmen. Dies erhöht den politischen Druck auf die Notenbankspitze und gefährdet die Unabhängigkeit des Instituts.
- **Garantien für Exportrisiken und Währungsrisiken:** Wenn die Garantie staatlich gegeben würde, müssten ihre Mittel mittels Steuern geäuft werden; wenn einzelne Institute sie gewähren müssten, würde der Export wiederum teurer gemacht, denn die Institute, werden ihr Risiko wieder abwälzen.
- **Negativzinsen:** Sie wirken wie eine Zusatzsteuer und können verschiedentlich im In- und Ausland umgangen werden. Sie unterlassen es auch, das aktuelle Risiko der Schweiz zinsmässig abzubilden und senden somit falsche Signale an die Märkte, welche wiederum zu Blasenbildungen führen können.

#### V. Fazit

Die Frankenstärke lässt sich nicht mit direkten fiskalischen oder monetären Eingriffen lösen. Sie erwächst einerseits aus der Stärke der Schweizer Wirtschaft und andererseits aus der Schwäche der wichtigsten Handelspartner.

Deshalb ist sie mit einem konsequenten Programm der Effizienzsteigerung und Liberalisierung zu kontern, damit Unternehmen möglichst gute Rahmenbedingungen haben, unter denen sie wirtschaften können.

Es ist darüber hinaus notwendig, dass die Wettbewerbsbehörden (WEKO und Preisüberwacher) deziert dafür sorgen, dass sich der Markt frei entfalten kann und dass Währungsgewinne weitergegeben werden können.

Am wichtigsten ist es jedoch, dass die Schweiz den Pfad einer soliden, nicht auf Defiziten ausgerichteten Fiskalpolitik verfolgt und sich weiterhin der Währungs- und Preisstabilität verpflichtet.

23.8.11